



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 5. Juli 2013 (18.07)
(OR. en)**

11459/13

**Interinstitutionelles Dossier:
2005/0214 (COD)**

**SOC 525
ECOFIN 625
CODEC 1579**

BERICHT

des Generalsekretariats des Rates
an die Delegationen

Nr. Vordok.: 10890/13 SOC 463 ECOFIN 543 CODEC 1444 + ADD 1 + ADD 2

Nr. Komm.dok.: 13686/05 SOC 412 ECOFIN 324 CODEC 933 – KOM(2005) 507 endg. + REV 1

Nr. 13857/07 SOC 368 CODEC 1062 – KOM(2007) 603 endg. + REV 1 + COR 1 +

geänd.Vorsch.: REV 1 COR 1

Betr.: Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern durch Verbesserung der Begründung und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen
- Allgemeine Ausrichtung

Die Delegationen erhalten in der Anlage die allgemeine Ausrichtung in der vom Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) auf seiner Tagung vom 20. Juni 2013 festgelegten Fassung.

MT und SK halten an ihren sprachlichen Prüfungsvorbehalten fest.

MT und UK erhalten Parlamentsvorbehalte aufrecht.

Geänderter Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung der Begründung und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen
(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 46,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission¹,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses²,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

¹ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

² ABl. C [...] vom [...], S. [...].

- (1) Die Freizügigkeit ist eine der von der Europäischen Union garantierten Grundfreiheiten. Nach Artikel 46 AEUV treffen das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch Richtlinien alle erforderlichen Maßnahmen, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne des Artikels 45 AEUV herzustellen. Nach Artikel 45 AEUV gibt die Freizügigkeit der Arbeitnehmer den Arbeitnehmern das Recht, sich um angebotene Stellen zu bewerben und "sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen". Die vorgeschlagene Richtlinie fördert die Mobilität von Arbeitnehmern, indem sie die Mobilitätshindernisse abbaut, die durch einige Vorschriften der an ein Beschäftigungsverhältnis gekoppelten Zusatzrentensysteme entstanden sind.
- (2) Die Alterssicherung der Arbeitnehmer wird durch die gesetzliche Rentenversicherung gewährleistet, ergänzt durch die an das Beschäftigungsverhältnis gekoppelten Zusatzrentensysteme, die in den Mitgliedstaaten immer mehr an Bedeutung gewinnen.
- (3) Der Rat verfügt über einen großen Ermessensspielraum bei der Wahl der Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 46 AEUV. Das Koordinierungssystem gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern³, und der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit⁴ und insbesondere die Bestimmungen zur Zusammenrechnung der Versicherungszeiten gelten nicht für die Zusatzrentensysteme, ausgenommen die Systeme, die Gegenstand von "Rechtsvorschriften" im Sinne dieser Verordnungen oder auf der Basis dieser Verordnungen Gegenstand einer entsprechenden Erklärung eines Mitgliedstaats sind.

³ ABl. L 149 vom 5.7.1971, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 631/2004 (ABl. L 100 vom 6.4.2004, S. 1).

⁴ ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1.

- (4) Die Richtlinie 98/49/EG des Rates vom 29. Juni 1998 zur Wahrung ergänzender Rentenansprüche von Arbeitnehmern und Selbstständigen, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu- und abwandern⁵, ist eine erste spezifische Maßnahme, die darauf abzielt, die Ausübung des Rechts der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit im Bereich der Zusatzrentensysteme zu erleichtern.
- (5) Ziel dieser Richtlinie ist es, die Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten dadurch zu erleichtern, dass der Erwerb und der Erhalt von Zusatzrentenansprüchen der Versorgungsanwärter verbessert wird, die nach ihrer Beschäftigung in einem Mitgliedstaat eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat ausüben.
- (6) Der Beschaffenheit und dem besonderen Charakter der Zusatzrentensysteme und den diesbezüglichen Unterschieden innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten und zwischen ihnen sollte Rechnung getragen werden. Die Einführung neuer Systeme, die Tragfähigkeit bestehender Systeme sowie die Erwartungen und Rechte der derzeitigen Versorgungsanwärter sollten angemessen geschützt werden. Insbesondere sollte diese Richtlinie der Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung und Anwendung der Zusatzrentensysteme Rechnung tragen.
- (7) Durch diese Richtlinie wird das Recht der Mitgliedstaaten, ihre Altersversorgungssysteme nach eigenem Gutdünken zu gestalten, nicht in Frage gestellt. Die Mitgliedstaaten bleiben uneingeschränkt für die Organisation dieser Systeme zuständig und sind im Zuge der Umsetzung dieser Richtlinie deshalb nicht verpflichtet, Rechtsvorschriften zur Einführung von Zusatzrentensystemen zu erlassen.
- (8) Diese Richtlinie begrenzt nicht die Autonomie der Sozialpartner in Fällen, in denen sie für die Einrichtung und Verwaltung von Altersversorgungssystemen zuständig sind, sofern sie die durch die Richtlinie vorgeschriebenen Ergebnisse sicherstellen können.

⁵ ABl. L 209 vom 25.7.1998, S. 46.

- (9) Diese Richtlinie sollte für alle nach einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten eingerichteten Zusatzrentensysteme gelten, die Zusatzrentenleistungen für Arbeitnehmer bieten, beispielsweise Gruppenversicherungsverträge oder branchenweit oder sektoral vereinbarte, nach dem Umlageverfahren finanzierte Systeme, kapitalisierte Systeme oder Rentenversprechen auf der Grundlage von Pensionsrückstellungen der Unternehmen oder tarifliche oder sonstige vergleichbare Regelungen.
- (10) Diese Richtlinie sollte nicht für Zusatzrentensysteme bzw. gegebenenfalls für Teilbereiche solcher Systeme gelten, die geschlossen wurden, so dass keine neuen Mitglieder mehr aufgenommen werden, weil die Einführung neuer Regelungen für diese Systeme eine ungerechtfertigte Belastung bedeuten würde.
- (11) Diese Richtlinie hat nicht zum Ziel, die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über Sanierungsmaßnahmen und Liquidationsverfahren zu harmonisieren oder zu berühren; dabei ist es unerheblich, ob die Verfahren infolge Zahlungsunfähigkeit eröffnet werden oder nicht oder ob sie freiwillig oder zwangsweise eingeleitet werden. Ebenso bleiben einzelstaatliche Rechtsvorschriften über die Sanierungsmaßnahmen, die von der Richtlinie 2001/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die Sanierung und Liquidation von Versicherungsunternehmen⁶ erfasst werden, unberührt.
- (12) Diese Richtlinie sollte keine Insolvenzschutz- oder Ausgleichsregelungen berühren, die nicht zu den an ein Beschäftigungsverhältnis gekoppelten Zusatzrentensystemen zählen und deren Ziel es ist, die Rentenansprüche von Arbeitnehmern bei Insolvenz des Unternehmens oder des Rentensystems zu schützen. Desgleichen sollte diese Richtlinie einzelstaatliche Pensionsreservfonds unberührt lassen.
- (13) Diese Richtlinie findet nur auf die Zusatzrentensysteme Anwendung, die sich aus einem Beschäftigungsverhältnis ergeben und je nach Vorschrift im jeweiligen Rentensystem oder im einzelstaatlichen Recht auf der Erreichung des Rentenalters oder der Erfüllung anderer Voraussetzungen basieren. Diese Richtlinie gilt nur für individuelle Versorgungsregelungen, die im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses vereinbart wurden. Sie gilt auch nicht für Leistungen der Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung.

⁶ ABl. L 110 vom 20.4.2001, S. 28.

- (14) Eine einmalige Zahlung, die nicht mit den zum Zwecke der zusätzlichen Altersversorgung geleisteten Beiträgen in Zusammenhang steht, unmittelbar oder mittelbar am Ende eines Beschäftigungsverhältnisses gezahlt und ausschließlich vom Arbeitgeber finanziert wird, sollte nicht als Zusatzrente im Sinne dieser Richtlinie gelten.
- (15) Da die zusätzliche Altersversorgung in vielen Mitgliedstaaten immer mehr an Bedeutung für die Sicherung des Lebensstandards im Alter gewinnt, sollten die Bedingungen für den Erwerb und die Wahrung von Rentenansprüchen im Interesse des Abbaus von Hindernissen, die der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten entgegenstehen, verbessert werden.
- (16) Die Tatsache, dass in einigen Zusatzrentensystemen Rentenansprüche verfallen können, wenn das Beschäftigungsverhältnis eines Arbeitnehmers endet, bevor dieser den Mindestzeitraum der Zugehörigkeit zu dem betreffenden System (Unverfallbarkeitsfrist) oder ein bestimmtes Mindestalter (Unverfallbarkeitsalter) erreicht hat, kann mobilen Arbeitnehmern den Erwerb angemessener Rentenansprüche unmöglich machen; eine vergleichbare Wirkung haben lange Wartezeiten, die als Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem Rentensystem festgelegt werden. Derartige Bedingungen stellen deshalb Hemmnisse für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer dar. Wird die Zugehörigkeit zu einem Rentensystem hingegen an das Erreichen eines Mindestalters geknüpft, so stellt diese Voraussetzung kein Hindernis für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit dar und wird daher auch nicht durch diese Richtlinie geregelt.
- (17) Die Unverfallbarkeitsbedingungen sollten nicht anderen Bedingungen für den Erwerb eines Anspruchs auf Zahlung einer Rente gleichgestellt werden, die nach einzelstaatlichem Recht oder nach den Regeln bestimmter Zusatzrentensysteme (insbesondere beitragsorientierte Systeme) in Bezug auf die Auszahlungsphase festgelegt sind. Beispielsweise stellt der Zeitraum der aktiven Zugehörigkeit zu einem System, den ein Mitglied nach dem Erwerb des Anspruchs auf eine Zusatzrente erreichen muss, um die Rente in Form einer Leibrente oder einer Kapitalauszahlung beantragen zu können, keine Unverfallbarkeitsfrist dar.

- (18) Hat ein ausscheidender Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses noch keine unverfallbaren Rentenanwartschaften erworben und trägt das Rentensystem oder der Arbeitgeber das Anlagerisiko (insbesondere bei leistungsorientierten Systemen), so sollte das System die vom ausscheidenden Arbeitnehmer eingezahlten Beiträge stets erstatten. Hat ein ausscheidender Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses noch keine unverfallbaren Rentenanwartschaften erworben und trägt der ausscheidende Arbeitnehmer das Anlagerisiko (insbesondere bei Systemen mit fester Beitragszusage), so kann das System den aus den Beiträgen erwachsenden Anlagewert erstatten. Der Anlagewert kann höher oder niedriger sein als die vom ausscheidenden Arbeitnehmer gezahlten Beiträge. Alternativ dazu kann das System die Summe der Beiträge erstatten.
- (19) Ausscheidende Arbeitnehmer sollten das Recht haben, ihre unverfallbaren Rentenanwartschaften als ruhende Anwartschaften in dem Zusatzrentensystem, in dem die Anwartschaft begründet wurde, zu belassen. Was den Erhalt ruhender Rentenansprüche anbelangt, so kann der Schutz als gleichwertig gelten, wenn insbesondere im Kontext eines beitragsorientierten Systems den ausscheidenden Arbeitnehmern die Möglichkeit einer Übertragung des Werts ihrer Rentenanwartschaften auf ein Zusatzrentensystem geboten wird, das die Bedingungen von Artikel 5 Absatz 1 erfüllt.
- (20) Im Einklang mit den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten sollten Maßnahmen getroffen werden, um den Erhalt der ruhenden Anwartschaften oder des Wertes dieser ruhenden Anwartschaften sicherzustellen. Der Wert der Anwartschaften zum Zeitpunkt des Ausscheidens des Mitglieds aus dem System sollte nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten ermittelt werden. Wird der Wert der ruhenden Anwartschaften angepasst, so sollte den Besonderheiten des Systems, den Interessen der ausgeschiedenen Versorgungsanwärter, den Interessen der im System verbleibenden aktiven Versorgungsanwärter sowie den Interessen der im Ruhestand befindlichen Leistungsempfänger Rechnung getragen werden. Gerechtfertigte Verwaltungskosten können bei der Anpassung ruhender Anwartschaften ebenfalls berücksichtigt werden.
- (21) Diese Richtlinie begründet keine Verpflichtung, für ruhende Anwartschaften günstigere Bedingungen festzulegen als für die Anwartschaften aktiver Versorgungsanwärter.

- (22) Wenn die unverfallbaren Rentenanwartschaften oder der Wert der unverfallbaren Rentenanwartschaften eines ausscheidenden Arbeitnehmers einen vom betreffenden Mitgliedstaat festgelegten Schwellenbetrag nicht überschreiten, so kann den Rentensystemen die Möglichkeit eingeräumt werden, diese unverfallbaren Rentenanwartschaften nicht zu erhalten, sondern in Höhe ihres Kapitalwertes an den ausscheidenden Arbeitnehmer auszuzahlen, damit durch die Verwaltung einer großen Zahl von ruhenden Anwartschaften von geringem Wert keine übermäßigen Verwaltungskosten entstehen. Gegebenenfalls wird der Übertragungswert oder die Kapitalauszahlung gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten festgelegt.
- (23) Diese Richtlinie enthält keine Bestimmungen über die Übertragung unverfallbarer Rentenanwartschaften; zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten sollten die Mitgliedstaaten jedoch bestrebt sein, im Rahmen des Möglichen und insbesondere bei Einführung neuer Zusatzrentensysteme die Übertragbarkeit unverfallbarer Rentenanwartschaften zu verbessern.
- (24) Unbeschadet der Richtlinie 2003/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Juni 2003 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung⁷ sollten aktive Versorgungsanwärter und ausgeschiedene Versorgungsanwärter, die das Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen oder wahrnehmen wollen, auf Verlangen angemessen über ihre Zusatzrentenansprüche aufgeklärt werden. Die Mitgliedstaaten sollten vorschreiben können, dass diese Auskünfte nicht häufiger als einmal pro Jahr erteilt werden müssen.
- (25) In Anbetracht der Vielfalt der Zusatzrentensysteme sollte die Union sich darauf beschränken, innerhalb eines allgemeinen Rahmens Ziele vorzugeben. Eine Richtlinie ist daher das angemessene Rechtsinstrument.

⁷ ABl. L 235 vom 23.9.2003, S. 10.

- (26) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich die Erleichterung der Wahrnehmung des Rechts der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher wegen der Tragweite der Maßnahme besser auf Unionsebene zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (27) Diese Richtlinie legt Mindestanforderungen fest. Dies lässt den Mitgliedstaaten die Freiheit, vorteilhaftere Bestimmungen zu erlassen oder beizubehalten. Die Umsetzung dieser Richtlinie kann keinen Rückschritt gegenüber der in einem Mitgliedstaat bestehenden Situation rechtfertigen.
- (28) den Auswirkungen dieser Richtlinie insbesondere auf die finanzielle Tragfähigkeit der Zusatzrentensysteme Rechnung zu tragen ist, können die Mitgliedstaaten für die progressive Umsetzung der Bestimmungen, die entsprechende Auswirkungen haben können, eine zusätzliche Frist von bis zu zwei Jahren in Anspruch nehmen.
- (29) Die Kommission sollte spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Bericht über deren Anwendung erstellen.
- (30) Im Einklang mit den einzelstaatlichen Bestimmungen zur Verwaltung der Zusatzrentensysteme können die Mitgliedstaaten die Sozialpartner auf deren gemeinsames Verlangen mit der Durchführung der in den Anwendungsbereich von Tarifverträgen fallenden Bestimmungen der Richtlinie betrauen, vorausgesetzt, die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu garantieren, dass die Verwirklichung der mit der Richtlinie angestrebten Ziele zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist –

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1
Gegenstand

Ziel dieser Richtlinie ist es, den Arbeitnehmern die Wahrnehmung des Rechts auf Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten dadurch zu erleichtern, dass die Hindernisse, die durch einige Vorschriften für die an ein Beschäftigungsverhältnis gekoppelten Zusatzrentensysteme entstanden sind, abgebaut werden.

Artikel 2
Anwendungsbereich

1. Diese Richtlinie gilt für Zusatzrentensysteme mit Ausnahme der unter die Verordnung (EWG) Nr. 883/04 fallenden Systeme.
2. Diese Richtlinie findet keine Anwendung auf:
 - (a) Zusatzrentensysteme, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie keine neuen aktiven Versorgungsanwärter mehr aufnehmen und ihnen verschlossen bleiben;
 - (b) Zusatzrentensysteme, die Maßnahmen unterliegen, die das Tätigwerden einer nach einzelstaatlichem Recht eingesetzten Behörde oder eines Gerichts mit dem Ziel, ihre finanzielle Lage zu sichern oder wiederherzustellen, beinhalten, einschließlich Liquidationsverfahren. Dieser Ausschluss gilt nur, solange die Maßnahmen andauern;
 - (c) Insolvenzschutzsysteme, Ausgleichssysteme und nationale Pensionsreservefonds;
 - (d) Invaliditäts- oder Hinterbliebenenrenten, die mit Zusatzrentensystemen verbunden sind;
 - (e) einmalige Zahlungen, die am Ende des Beschäftigungsverhältnisses von Arbeitgebern an Arbeitnehmer geleistet werden und nicht mit der Altersversorgung in Zusammenhang stehen.

3. Diese Richtlinie gilt nur für Beschäftigungszeiten, die in den Zeitraum nach ihrer Umsetzung gemäß Artikel 8 fallen.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck:

- (a) "Zusatzrente" eine nach den Bestimmungen eines nach einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten eingerichteten Zusatzrentensystems vorgesehene Altersversorgung;
- (b) "Zusatzrentensystem" ein nach einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten eingerichtetes, an ein Beschäftigungsverhältnis gekoppeltes betriebliches Rentensystem für die Altersversorgung, das Zusatzrenten für Arbeitnehmer bieten soll;
- (c) "aktive Versorgungsanwärter " Arbeitnehmer, die aufgrund ihres derzeitigen Beschäftigungsverhältnisses nach den Bestimmungen eines Zusatzrentensystems Anspruch auf eine Zusatzrentenleistung haben oder nach Erfüllung der Anwartschaftsbedingungen voraussichtlich haben werden;
- (d) "unverfallbare Rentenanwartschaften" alle Zusatzrentenansprüche, die nach Erfüllung etwaiger Anwartschaftsbedingungen gemäß den Regelungen eines Zusatzrentensystems und gegebenenfalls nach einzelstaatlichem Recht erworben wurden;
- (e) "Unverfallbarkeitsfrist" den Zeitraum der aktiven Zugehörigkeit zu einem System, der entweder nach einzelstaatlichem Recht oder nach den Regeln eines Zusatzrentensystems erforderlich ist, um erworbene Zusatzrentenansprüche zu begründen;

- (f) "Wartezeit" den Zeitraum der Beschäftigung, der nach einzelstaatlichem Recht oder nach den Regeln eines Zusatzrentensystems oder nach den vom Arbeitgeber getroffenen Festlegungen erfüllt sein muss, bevor ein Arbeitnehmer Anspruch auf Zugehörigkeit zu einem System hat;
- (g) "ausscheidender Arbeitnehmer" einen aktiven Versorgungsanwärter, dessen derzeitiges Beschäftigungsverhältnis aus anderen Gründen als dem Erwerb einer Anwartschaft auf eine Zusatzrente endet und der innerhalb von zwei Jahren eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat aufnimmt;
- (h) "ausgeschiedener Versorgungsanwärter" einen ausscheidenden Arbeitnehmer, der unverfallbare Rentenanwartschaften in einem Zusatzrentensystems besitzt, jedoch nicht mehr aktiv dem System angehört und noch keine Zusatzrente aus dem System erhält;
- (i) "ruhende Rentenanwartschaften" unverfallbare Rentenanwartschaften, die in dem System, in dem sie von einem ausgeschiedenen Versorgungsanwärter erworben wurden, aufrechterhalten werden;
- (j) "Wert der ruhenden Anwartschaften" den Kapitalwert der Anwartschaften, der im Einklang mit den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten berechnet wird.

Artikel 4

Bedingungen für den Anspruchserwerb

Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Folgendes sicherzustellen:

- (a) Gilt eine Unverfallbarkeitsfrist und/oder eine Wartezeit, so überschreitet deren Gesamtdauer für ausscheidende Arbeitnehmer unter keinen Umständen drei Jahre.
- (b) Wird für den Erwerb unverfallbarer Rentenanwartschaften ein Mindestalter vorgeschrieben, so beträgt dieses Alter für ausscheidende Arbeitnehmer höchstens 21 Jahre

- (c) Hat ein ausscheidender Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses noch keine unverfallbaren Rentenanwartschaften erworben, so erstattet das Zusatzrentensystem die Beiträge, die vom ausscheidenden Arbeitnehmer oder an seiner Stelle gemäß den nationalen Rechtsvorschriften oder Kollektivverträgen eingezahlt wurden, und, falls der ausscheidende Arbeitnehmer das Anlagerisiko trägt, entweder die Summe der geleisteten Beiträge oder den aus diesen Beiträgen erwachsenden Anlagewert.
- (d) Die Mitgliedstaaten können den Sozialpartnern die Möglichkeit einräumen, abweichende Regelungen in Tarifverträge aufzunehmen, sofern diese Regelungen keinen weniger günstigen Schutz bieten und keine Hemmnisse für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer bewirken.

Artikel 5

Erhalt ruhender Rentenanwartschaften

1. Vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ausscheidende Arbeitnehmer ihre unverfallbaren Rentenanwartschaften in dem Zusatzrentensystem, in dem sie erworben wurden, belassen können. Bei der Berechnung des ursprünglichen Wertes dieser Anwartschaften im Sinne von Absatz 2 wird der Zeitpunkt zugrunde gelegt, zu dem das derzeitige Beschäftigungsverhältnis des ausscheidenden Arbeitnehmers endet.
2. Die Mitgliedstaaten treffen die notwendigen Maßnahmen, um unter Berücksichtigung der Art der Regelung oder der Gepflogenheiten des jeweiligen Rentensystems sicherzustellen, dass die Behandlung der ruhenden Rentenanwartschaften ausscheidender Arbeitnehmer oder ihres Wertes der Behandlung des Werts der Ansprüche aktiver Versorgungsanwärter oder der Entwicklung der derzeit ausgezahlten Renten entspricht; in Frage kommen auch andere Mittel, die als faire Behandlung betrachtet werden, wie etwa folgende Maßnahmen:
 - (a) Wenn die Rentenanwartschaften im Zusatzrentensystem als Anrecht auf einen Nominalbetrag erworben werden, wird der Nominalwert der ruhenden Rentenanwartschaften gesichert,

- (b) wenn sich der Wert der erworbenen Rentenanwartschaften im Laufe der Zeit ändert, erfolgt eine Anpassung des Werts der ruhenden Rentenanwartschaften durch
 - i. eine in das Rentensystem integrierte Verzinsung oder
 - ii. eine vom Zusatzversicherungsträger erzielte Kapitalrendite,
 - (c) wenn der Wert der erworbenen Rentenanwartschaften beispielsweise entsprechend der Inflationsrate oder des Lohnniveaus angepasst wird, erfolgt eine entsprechende Anpassung des Werts der ruhenden Rentenanwartschaften nach Maßgabe einer angemessenen Höchstgrenze, die in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften festgesetzt oder von den Sozialpartnern vereinbart wird.
3. Die Mitgliedstaaten können den Zusatzrentensystemen die Möglichkeit einräumen, unverfallbare Rentenanwartschaften eines ausscheidenden Arbeitnehmers nicht zu erhalten, sondern in Höhe ihres Kapitalwertes an den ausscheidenden Arbeitnehmer auszuzahlen, soweit der Wert den vom betreffenden Mitgliedstaat festgelegten Schwellenwert nicht überschreitet. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den angewendeten Schwellenwert mit.
4. Die Mitgliedstaaten können den Sozialpartnern die Möglichkeit einräumen, abweichende Regelungen in Tarifverträge aufzunehmen, sofern diese Regelungen keinen weniger günstigen Schutz bieten und keine Hemmnisse für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer bewirken.

Artikel 6
Auskünfte

1. Unbeschadet der Auskunftspflicht der Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2003/41/EG gegenüber aktiven und ausgeschiedenen Versorgungsanwärtern stellen die Mitgliedstaaten durch Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen sicher, dass aktive Versorgungsanwärter auf Verlangen Auskünfte gemäß Absatz 2 über die Folgen einer Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses für ihre Zusatzrentenansprüche erhalten.

2. Den aktiven Versorgungsanwärtern sind auf Ersuchen Auskünfte zu erteilen. Diese betreffen insbesondere Folgendes:
 - (a) die Bedingungen für den Erwerb von Zusatzrentenanwartschaften und die Folgen der Anwendung dieser Bedingungen bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses;

 - (b) den Wert ihrer unverfallbaren Anwartschaften oder eine höchstens 12 Monate vor dem Zeitpunkt ihres Ersuchens durchgeführte Schätzung der unverfallbaren Rentenanswartschaften und;

 - (c) die Bedingungen für die künftige Behandlung ruhender Rentenanswartschaften.

3. Auskünfte sind den ausgeschiedenen Versorgungsanwärtern auf ihr Ersuchen bzw. im Falle des Todes des ausgeschiedenen Versorgungsanwärters dem begünstigten Hinterbliebenen, wenn das System die Zahlung von Leistungen an Hinterbliebene vorsieht, zu folgenden Punkten zu erteilen:
 - (a) Wert ihrer ruhenden Anwartschaften oder eine höchstens 12 Monate vor dem Zeitpunkt ihres Ersuchens durchgeführte Schätzung der ruhenden Rentenanswartschaften

 - (b) Bedingungen für die Behandlung ruhender Rentenanswartschaften.

4. Die Auskünfte sind in verständlicher Form und in angemessener Frist zu erteilen. Die Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass sie nicht häufiger als einmal pro Jahr erteilt werden müssen.

Artikel 7

Mindestvorschriften – Rückschrittsklausel

1. In Bezug auf den Erwerb von Zusatzrentenanwartschaften von Arbeitnehmern, auf die Erhaltung von Zusatzrentenansprüchen ausscheidender Arbeitnehmer sowie auf das Recht aktiver und ausgeschiedener Versorgungsanwärter auf die Erteilung von Auskünften können die Mitgliedstaaten Bestimmungen erlassen oder beibehalten, die vorteilhafter sind als die in dieser Richtlinie vorgesehenen Bestimmungen.
2. Die Umsetzung dieser Richtlinie darf in keinem Fall zum Anlass genommen werden, die in den Mitgliedstaaten bestehenden Rechte auf Erwerb und Erhaltung von Zusatzrenten und das Recht von Versorgungsanwärtern und Leistungsempfängern auf die Erteilung von Auskünften einzuschränken.

Artikel 8

Umsetzung

1. Die Mitgliedstaaten erlassen spätestens drei Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie nachzukommen, oder sie sorgen dafür, dass die Sozialpartner die notwendigen Bestimmungen bis zu diesem Zeitpunkt durch Vereinbarung einführen. Die Mitgliedstaaten müssen die erforderlichen Maßnahmen treffen, um gewährleisten zu können, dass die durch diese Richtlinie vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.
2. Ungeachtet des Absatzes 1 kann den Mitgliedstaaten, die bei der Umsetzung dieser Richtlinie mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, in begründeten Fällen eine zusätzliche Frist von bis zu zwei Jahren gewährt werden, um dieser Richtlinie nachzukommen.

3. Jeder Mitgliedstaat, der die in Absatz 2 genannte Zusatzfrist benötigt, setzt die Kommission unter Angabe der betreffenden Bestimmungen und Systeme davon in Kenntnis; die Inanspruchnahme der für die Umsetzung der Richtlinie benötigten Zusatzfrist ist konkret zu begründen.
4. Wenn die Mitgliedstaaten Vorschriften nach Absatz 1 erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

Artikel 9

Berichterstattung

1. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission spätestens vier Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie sämtliche verfügbaren Informationen über ihre Anwendung.
2. Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie erstellt die Kommission einen Bericht über ihre Anwendung, der dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vorzulegen ist.

Artikel 10

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 11

Adressaten

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Europäischen Parlaments *Im Namen des Rates*
Der Präsident *Der Präsident*
